

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Erst mit dem EURO entfalten sich die Möglichkeiten des gemeinsamen Europas

Als „Meilenstein auf dem Weg zum vereinten Europa“ bezeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit dem Magazin „Future“ der Frankfurter Hoechst AG vom 6. Mai die Einführung des EURO und bekräftigte, daß die Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion den Standort Europa zusätzlich stärken und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten aus dem Dollar- und dem Yen-Währungsraum verbessern werde.

„Erst mit der gemeinsamen Währung können sich die positiven Wirkungen des Europäischen Binnenmark-

„Was immer Sie in diesen Tagen hören und lesen, gehen Sie davon aus, der Bau des Hauses Europa wird jetzt beendet.“

Mit diesen Worten hat Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Mai in Canbarra vor australischen Unternehmern um Vertrauen in die stabile Entwicklung Europas und um Investitionen in Deutschland geworben.

tes mit über 370 Millionen Menschen voll entfalten.“
Davon werde nicht nur die Wirtschaft profitieren, sondern auch die Wissenschaft: Eine gemeinsame

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Aufbau Ost

Bundeskanzler Helmut Kohl: Rudi Geil wird sich voll und ganz auf die Arbeit für den Aufbau Ost konzentrieren. Seite 4

● Europa

Reimer Böge MdEP: Klares Ja zum EURO. Seite 8

● Ausbildungsplätze

Jürgen Rüttgers: Lehrstellenaktion der Deutschen Bank-Stiftung vorbildlich. Seite 16

Junge Union Euskirchen hilft bei Lehrstellensuche. Ein Beispiel, das Schule machen sollte. Seite 18

● Landesparteitage

Berichte von den Landesparteitagen der Berliner, der rheinland-pfälzischen und der Bremer CDU. Seite 21–25

● Dokumentation

Aufbruch ins 21. Jahrhundert – Roman Herzog: Wir müssen jetzt an die Arbeit gehen. Rede des Bundespräsidenten im Hotel Adlon in Berlin am 26. April. Grüner Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

„Schröders Blair heißt Wulff“

Als Konsequenz der inneren Zerstrittenheit der Konservativen hat Generalsekretär Peter Hintze den deutlichen Sieg der britischen Labour-Partei bezeichnet und die Erwartung der CDU ausgedrückt, daß mit dem Regierungswechsel die schwankende Haltung Großbritanniens in der Europafrage beendet sein wird.

Auch wenn man die politischen Verhältnisse in Großbritannien mit denen in Deutschland nicht in allen Punkten vergleichen könne, lasse sich zweierlei feststellen:

SPD „mauert“ durch Blockaden

- New Labour hat im Wahlkampf Positionen vertreten, die bei der SPD bisher dem ideologischen Hammer zum Opfer fallen. Stichwort Steuerreform: Wo Tony Blair in Aussicht stellt, alle Maßnahmen dem einen großen Ziel Wettbewerbsicherung unterzuordnen, fällt den Sozialdemokraten in Deutschland nichts anders ein, als durch Blockaden zu „mauern“.

- Für die CDU bestätigt sich: Politischen Erfolg gibt es nicht mit Marktwirtschaft pur. Wer soziale Sicherung und umweltpolitische Vernunft ausblendet, verliert die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler. Zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gibt es keine tragfähige Alternative.

Kraft für Reformen

Was die Bundestagswahlen 1998 betrifft, so Peter Hintze am 2. Mai im Konrad-Adenauer-Haus, gehe es deshalb um die Frage nach der Reformfähigkeit dieses Landes und die Entscheidung darüber, wer die politische Kraft für die notwendigen Reformen aufbringt: die Koalition der Mitte oder ein Linksblock aus SPD und Grünen mit Unterstützung der PDS.

Im Hinblick auf die niedersächsischen Landtagswahlen im Februar 1998 antwortete Hintze auf die Frage eines Korrespondenten, ob er in Gerhard Schröder so etwas wie einen deutschen Tony Blair sehe: „Schröders Blair heißt Wulff.“

In Deutschland wird kein Zentralismus entstehen

Generalsekretär Peter Hintze hat sich überzeugt davon geäußert, daß Berlin den Föderalismus in Deutschland auch nach dem Umzug von Bundestag und Bundesregierung in die Hauptstadt nicht „überdecken“ wird.

Auf einem Internationalen Symposium an der Freien Universität Berlin am 6. Mai betonte Hintze, in Deutschland

werde kein Zentralismus nach dem Modell Frankreichs entstehen. Vielmehr würden Städte wie Schwerin, Dresden, München oder Hamburg auch künftig „ihre eigene, unverwechselbare Bedeutung haben“. Hintze unterstrich zugleich, Berlin habe „alle Voraussetzungen für eine blühende Metropole“ und das Potential, „wieder eine echte Weltstadt zu werden“.

Nur gemeinsam werden wir die Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert meistern

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Tony Blair, London, folgendes Glückwunschtelegramm:

Zu Ihrer Ernennung zum Premierminister des Vereinigten Königreichs gratuliere ich Ihnen sehr herzlich.

Unsere Länder sind seit vielen Jahren in einer engen und bewährten Partnerschaft verbunden. Der Fortsetzung und Vertiefung der vertrauensvollen deutsch-britischen Zusammenarbeit kommt gerade angesichts der großen

Zukunftsaufgaben in Europa eine besondere Bedeutung zu.

Nur gemeinsam und im engen Schluß werden die Partner der europäisch-atlantischen Wertegemeinschaft die Herausforderungen an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert meistern können. Hierfür müssen wir schon in den kommenden Wochen grundlegende Weichenstellungen schaffen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, besonders auch auf unsere Begegnungen in diesem Monat, und wünsche Ihnen für Ihr hohes und verantwortungsvolles Amt viel Glück und Erfolg.

Fortsetzung von Seite 1

Währung erleichtere die Kooperation bei grenzüberschreitenden Technologieprojekten.

Grundsätzlich wies der Bundeskanzler darauf hin, daß die Globalisierung hervorragende Chancen für neue Technologien und damit für Arbeitsplätze in Deutschland biete.

Globalisierung heiße „weltweites Angebot für weltweite Nachfrage“ und sei eine Tatsache, an der niemand vorbeikomme. Wenn man sich nicht gemeinsam dem weltweiten Wettbewerb stelle, werde man Boden verlieren und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keinen durchgreifenden Erfolg haben, warnte der Bundeskanzler.

Noch immer hätten freier Handel und freier Austausch von Ideen und Dienstleistungen die Wohlfahrt aller Beteiligten erhöht. Er sei sicher, daß die Vorteile der Globali-

sierung die Nachteile überwiegen. Das gelte auch für die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE) in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Kein Grund zum Jammern

Schon heute seien die deutschen Ausfuhren dorthin höher als beispielsweise in die USA. Natürlich bedeute der wachsende Austausch von Waren und Dienstleistungen mit den östlichen Nachbarn auch für Deutschland mehr Konkurrenz von dort. Aber mittelfristig könnten die Westeuropäer die preisgünstigen Einfuhren aus dem Osten nutzen, um im Weltmaßstab wettbewerbsfähig zu werden.

Die deutsche Wirtschaft sei im übrigen nicht schlechter geworden. Die anderen hätten nur aufgeholt. „Das ist kein Grund zum Jammern, sondern sollte uns zu mehr Dynamik anspornen“.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Rudi Geil wird sich voll und ganz auf die Arbeit für den Aufbau Ost konzentrieren

Zum 30. April scheidet Dr. Johannes Ludwig aus dem Amt des Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft aus, um den Vorsitz im Vorstand der Deutschen Bahn AG zu übernehmen.

Seiner hervorragenden Arbeit und insbesondere seinem engagierten Einsatz als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer gelten in besonderer Weise unser Dank und unsere Anerkennung. Vor allem seine unermüdlichen Bemühungen um die neuen Bundesländer haben große Anerkennung gefunden. Für den Aufbau im Osten unseres Vaterlandes hat er viel bewirkt.

Die Nachfolge im Amt des Beauftragten für die neuen Bundesländer wird im Einvernehmen mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt der bisherige Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Rudi Geil, antreten. Er wird diese Aufgabe als Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft wahrnehmen.

Ein sehr erfahrener Politiker

Mit Rudi Geil übernimmt ein sehr erfahrener Politiker dieses wichtige Amt, der sich durch besondere Kenntnisse und Fähigkeiten sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch im Blick auf den Aufbau Ost auszeichnet. Unter anderem war Rudi Geil Wirtschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz und hat in dieser Zeit wichtige Akzente für die strukturelle Entwicklung

dieses Bundeslandes gesetzt. Durch seine Tätigkeit als Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist ihm die Lage in den neuen Ländern bestens vertraut. Diese Personalentscheidung ist ein deutliches Zeichen dafür, welche hohe Bedeutung die Bundesregierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern beimißt. Rudi Geil wird sich voll und ganz auf die Arbeit für den Aufbau Ost konzen-

Erklärung des Bundeskanzlers am 29. April

trieren und dabei die Unterstützung der gesamten Bundesregierung haben.

Als weiterer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft wird Herr **Klaus Büniger** berufen, bisher Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium.

Eine Ausweitung der Zahl der Staatssekretäre beim Bundesminister für Wirtschaft ist mit diesen Entscheidungen nicht verbunden. Deshalb werde ich im Einvernehmen mit den zuständigen Bundesministern dem Herrn Bundespräsidenten folgende Veränderungen bei den Parlamentarischen Staatssekretären vorschlagen:

- **Dr. Norbert Lammert**, bisher Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, wechselt als Parlamentarischer Staatssekretär zum Bundesminister für Verkehr.

Hoffnung auf konstruktive europapolitische Haltung der neuen Regierung in Großbritannien

Der überwältigende Wahlsieg der Labour-Partei bei den Wahlen in Großbritannien wird hoffentlich zu einer konstruktiven Haltung der neuen Regierung in der Europa-Politik, insbesondere auch bei dem anstehenden Abschluß der Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union führen, hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, erklärt.

In einigen Fragen, wie bei der Unterzeichnung des Sozialprotokolls, habe Tony Blair bereits eine positive Haltung signalisiert. „Wir hoffen, daß trotz euro-skeptischer Töne während des Wahlkampfes die neue Regierung erkennt, daß Großbritannien in die Mitte Europas gehört. Es wird eine wichtige Aufgabe für die neue Regierung sein, die britischen Bürgerinnen und Bürger von der Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses auch für die Zukunft Großbritanniens zu überzeugen.“

Pöttering wies auch auf die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen in der EVP-

Fraktion hin. Es sei zu bedauern, daß die konservative Partei sich an der Frage der Europapolitik zerstritten habe. Auch das könne ein Element in der Analyse des Wahlausganges sein. Pöttering äußerte die Überzeugung, daß sich die Zusammenar-

Die britischen Bürger von der Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses auch für Großbritannien überzeugen

beit mit den konservativen Europa-abgeordneten gerade jetzt als tragfähig erweisen werde. „Zeiten der Opposition müssen zur politischen Erneuerung genutzt werden. Es wäre für den europäischen Einigungsprozeß und für Großbritannien zu wünschen, daß die Befürworter der europäischen Einigung bei den britischen Konservativen ihre Partei von der Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Europapolitik überzeugen können.“

● Das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern wird **Manfred Carstens** übernehmen, bisher Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr.

● **Dr. Horst Waffenschmidt** scheidet auf seinen Antrag als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern aus. Er wird seine wichtige und erfolgreiche Tätigkeit als Beauftragter der

Bundesregierung für Aussiedlerfragen fortsetzen.

Seit 1982 hat sich Dr. Horst Waffenschmidt im Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs durch seine sachkundige, engagierte Arbeit große Anerkennung und bleibende Verdienste erworben; ihm gilt mein besonderer Dank. Ich, freue mich, daß er bereit ist, weiterhin zum Wohl der Aussiedler zu wirken. ■

Haushaltsabschlüsse 1996

Weitere Konsolidierungsschritte sind auch für 1997 unverzichtbar

Zu den vorläufigen Abschlußergebnissen der Haushalte 1996 der alten Länder, der neuen Länder und Berlins erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hansgeorg Hauser:

Trotz der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahresverlauf 1996 fielen im Berichtsjahr hohe Steuermindereinnahmen an, die auch durch frühzeitig getroffene Vorsorge der Gebietskörperschaften z.B. Nachtragshaushalte, Haushaltssperren oder vergleichbare Maßnahmen nur teilweise ausgeglichen werden konnten. Deshalb ist weiterhin erforderlich, daß Bund und Länder ihr Ausgabenwachstum eng begrenzen, um so das Konsolidierungsziel im Hinblick auf das Defizitkriterium von Maastricht 1997 einhalten zu können.

Die Struktur der Länderhaushalte war 1996 im Vergleich zum Vorjahr durch die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs (Bahnreform) und die Neuordnung des Familienleistungsausgleichs verzerrt.

Nach den vorläufigen Haushaltsabschlüssen 1996 betrug das Finanzierungsdefizit für die Länder insgesamt 47,3 Mrd. DM. Die Haushaltspläne der Länder gingen 1996 von einem Defizit in Höhe von 39,4 Mrd. DM aus. Ursächlich für die erhebliche Defizitüberschreitung waren, trotz beachtlicher Minderausgaben, spürbar hohe Steuermindereinnahmen gegenüber den Planungen der Länder.

Die Ausgaben der **alten Länder (ohne Berlin)** wuchsen 1996 um 3,3 v.H.. Veranschlagt war ein Ausgabenwachstum von

4,5 v.H.. Damit wurden die Planungen um rd. 3¹/₂ Mrd. DM unterschritten. Die Einnahmen der zehn alten Länder stiegen 1996 um 3,0 v.H.. Nach dem Soll wurde ein Anstieg der Einnahmen um 5,0 v.H. erwartet. Den hohen Steuermindereinnahmen von rd. 6¹/₂ Mrd. DM standen Mehreinnahmen von knapp 1 Mrd. DM bei den nichtsteuerlichen Einnahmen gegenüber. Die Mindereinnahmen insgesamt wurden nur zu knapp zwei Drittel durch Minderausgaben ausgeglichen, so daß das geplante Defizit 1996 um rd. 2 Mrd. DM überschritten wurde.

Das Ausgabenwachstum muß mittelfristig auf 2 v. H. begrenzt werden.

Die Ausgaben der **neuen Länder (ohne Berlin)** stiegen 1996 um 3,1 v.H.. Das Ausgabensoll ging von einem Anstieg um 4,6 v.H. aus. Der für 1996 vorgegebene Ausgabenrahmen wurde um über 1¹/₂ Mrd. DM unterschritten. Die Einnahmen nach dem vorläufigen Abschluß 1996 wuchsen um 4,6 v.H., geplant war jedoch ein Anstieg der Einnahmen um 7,6 v.H.. Damit ergaben sich Mindereinnahmen von gut 2 Mrd. DM. Auch 1996 zeigt sich, daß die nichtsteuerlichen Einnahmen, d.h. zum größeren Teil Zahlungen vom Bund, die Einnahmenstruktur der neuen Länder bestimmen. Mit einem Anteil von knapp 51,5 v.H. der Einnahmen insgesamt waren die nichtsteuerlichen Einnahmen höher als die Steuereinnahmen. Das geplante Defizit wurde 1996 geringfügig um 1¹/₂ Mrd. DM überschritten. Das vergleichbare Vorjahresdefizit wurde hingegen um 1 Mrd. DM unterschritten.

Vorbereitung für EURO „schleunigst anpacken“

Die deutschen Unternehmen müssen **schleunigst die Vorbereitungen für den EURO in Angriff nehmen. Bei der Datenverarbeitung sei es sinnvoll, die Vorbereitungen auf den EURO mit der ohnehin anfallenden „Jahrtausendumstellung“ zu verknüpfen. Softwareberater, Softwarelieferanten und die Unternehmen sind hier gleichermaßen gefordert.**

Dies ist das Ergebnis von drei Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), die sich mit den Anforderungen, dem Bedarf und den Problemen der Software-Anwender in Verbindung mit der Währungsunion und den Problemen, Vorbereitungen und dem Angebot der Software-Hersteller beschäftigen. In den Umfragen wurden knapp 800 Unternehmen als Nutzer und 130 Software-Häuser als Anbieter befragt.

Nach DIHT-Angaben liegt die anhaltende Zurückhaltung von Nutzern und Software-Herstellern, sich auf die Umstellung vorzubereiten, vor allem daran, daß sowohl auf nationaler wie europäischer Regierungsebene konkrete Informationen und Entscheidungen fehlen. „Zweifel am ‚Ob‘ der Währungsunion müssen beendet, die Aufklärung über das ‚Wie‘ muß inten-

siert werden“, fordert die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern.

Als konkreter Handlungsbedarf aus den DIHT-Umfragen ergibt sich für Wirtschaft und Politik:

- das Datum des Beginns der dritten Stufe der Währungsunion am 1. 1. 1999 ernst nehmen,
- die Vorbereitungen für die DV-Umstellung bereits jetzt in Unternehmen und Verwaltungen beginnen,

DIHT-Umfragen unterstreichen Handlungsbedarf bei der Datenverarbeitung – Politik muß Fakten liefern

- den Dialog zwischen Wirtschaft und Staat über praktische Probleme und Lösungen intensivieren,
- die Kosten für den Umstellungsbedarf durch vernünftige, wirtschafts- und praxismgerechte, d. h. flexible und pragmatische Regelungen minimieren
- und die Umstellung als Chance und nicht als Belastung begreifen.

Das Finanzierungsdefizit **Berlins** betrug 1996 nach den vorläufigen Zahlen 11,1 Mrd. DM. Der finanzpolitische Spielraum hat sich damit weiter reduziert. Das nach dem Haushaltsplan 1996 erwartete Defizit in Höhe von 5,8 Mrd. DM wurde um 5,3 Mrd. DM überschritten. Mehrausgaben gegenüber Plan von rd. 0,7 Mrd. DM und Mindereinnahmen von über 4 1/2 Mrd. DM vor allem aufgrund nicht realisierter, aber geplanter Vermögensver-

äußerungen haben die Finanzsituation Berlins weiter verschärft. Die Haushaltsabschlüsse 1996 haben gezeigt, daß für 1997 weitere Konsolidierungsschritte zur Rückführung der Defizite der einzelnen Haushaltsebenen unverzichtbar sind. Um das Konsolidierungsziel von der Ausgabenseite her zu erreichen, ist es notwendig, das jährliche Ausgabenwachstum mittelfristig auf insgesamt 2 v.H. zu begrenzen. ■

Klares Ja zum EURO

Zur Vollendung der Europäischen Währungsunion erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge MdEP:

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik fordert die pünktliche Einführung des EURO zu den im Maastricht-Vertrag vereinbarten Konvergenzkriterien.

Mit dem EURO wird eine der gravierendsten Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft in Europa endgültig verschwinden. Gerade das Beispiel der Landwirtschaft zeigt, daß ein integrierter Markt auf Dauer nur mit einer gemeinsamen Währung funktionieren kann.

In einer Zeit, in der Devisenspekulationen großen Ausmaßes stattfinden und für Währungsturbulenzen sorgen, kann sich Europa eine Vielzahl kleiner Währungen nicht mehr leisten. Ebenso wie die Agrarwirtschaft ist die gesamte Wirtschaft auf Währungsstabilität und damit auf den EURO angewiesen.

Mehr Markttransparenz

Der EURO wird mehr Planungs- und Kalkulationssicherheit für Exporte bringen, die Markttransparenz in Europa entscheidend erhöhen und den Binnenmarkt vollenden. Erst mit der EURO-Einführung kann das prognostizierte Wachstumspotential durch den Binnenmarkt auch in Deutschland voll zur Geltung kommen.

Erfolgreich kann der EURO nur werden, wenn die Geldwertstabilität gewährleistet ist und wirtschaftlich eine gleichgerichtete Entwicklung in den europäischen Volkswirtschaften stattfindet. Die Einhaltung der Stabilitätskriterien ist deshalb ein wichtiges Ziel. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Stabilitätspakt und die jüngsten Vereinbarungen der EU-Finanzminister. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt deutlich, daß die sensiblen Finanzmärkte bereits heute Vertrauen in den EURO haben.

Erhebliche Anstrengungen

Für die deutsche Landwirtschaft wird der EURO erst dann seinen vollen Wert haben, wenn die wichtigsten Partnerländer mit dabei sind. Ansonsten blieben zunächst schwerwiegende Wettbewerbsverzerrungen. Alle EU-Staaten unternehmen aber bisher schon erhebliche Anstrengungen, die EURO-Kriterien einzuhalten. Die Vollendung der Europäischen Währungsunion wird einen so großen Sog ausüben, daß die Länder, die in der ersten Runde nicht dabei sind, bald folgen werden.

Wer die vertraglich festgelegten Grundlagen der Währungsunion leichtfertig zur Disposition stellt, trägt die Verantwortung dafür, daß die notwendigen Integrationsfortschritte über die Regierungskonferenz und die EU-Erweiterung in Gefahr geraten könnten.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Startschuß für eine neue Etappe der deutsch-tschechischen Jugendfreundschaft

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik intensivieren ihren gemeinsamen Jugendaustausch. In diesem Rahmen eröffnete am 29.

April Bundesjugendministerin Claudia Nolte und der tschechische Vizeminister Ph. Dr. František Kozel die Koordinierungsstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch in Regensburg.

Im September 1996 hatte Ministerin Nolte mit ihrem tschechischen Amtskollegen Ivan Pilip im ostböhmischen Policka eine Absichtserklärung zur Errichtung von zwei Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch unterzeichnet.

1996 förderte das Bundesjugendministerium die Begegnung von ca. 6.000 deutschen und tschechischen Jugendlichen.

Um das Netz der deutsch-tschechischen Jugendkontakte dichter werden zu lassen, soll die Koordinierungsstelle am Austausch interessierte Jugendliche und Fachkräfte beraten, ihnen bei der Suche nach Partnergruppen in Tschechien helfen und Tips zur finanziellen Unterstützung geben. Dabei arbeitet das Büro eng mit einer weiteren Koordinierungsstelle in Pilsen, der tschechischen Partnerstadt von Regensburg, zusammen.

An der Finanzierung der Koordinierungsstelle in Regensburg beteiligen sich der Bund zu 60 Prozent, das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zu 30 und das Sächsische Staatsministerium für Kultus zu 10 Prozent.

Chance, die alten Gräben gänzlich zuzuschütten

Insgesamt werden die Maßnahmen des deutsch-tschechischen Jugendaustausches vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 1997 mit rund zwei Millionen Mark gefördert. Damit erhöht sich die Summe von bisher mehr als 400.000 DM um etwa das Vierfache.

Claudia Nolte: „Mit dem deutsch-tschechischen Jugendaustausch erhalten junge Menschen einmal mehr die Möglichkeit, die politische Forderung nach einem geeinten Europa konkret umzusetzen und mit der eigenen Person hierfür einzustehen. Jahrzehntlang war Europa geteilt, der Graben schien unüberwindbar. Die Jugend beider Völker hat nun die Chance, den Graben gänzlich zuzuschütten.“

Gelsenwasser: Mehr private und größere Wasserversorger nötig

Die Gelsenwasser-Gruppe, nach eigenen Angaben Deutschlands größter privater Wasserlieferant, hat eine stärkere Beteiligung von privaten Unternehmen an der kommunalen Wasserversorgung gefordert. Angesichts des drastisch gesunkenen Wasserverbrauchs könnten die Kommunen ihre Kosten bei der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht mehr decken, sagte der Vorstandsvorsitzende der Gelsenwasser AG (Gelsenkirchen), Peter Scherer, auf der Internationalen Wasserfachmesse in Berlin. In der Abwasserentsorgung sind in den kommenden Jahren laut Scherer Investitionen in Höhe von 300 Milliarden DM notwendig.

Wiederholungstaten müssen so weit wie möglich ausgeschlossen werden

Am 28. und 29. April fand in Stuttgart die zehnte Konferenz der innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen aus Bundestag und Landtagen statt. Das Ergebnis der Konferenz:

„Wir müssen das gesetzliche Instrumentarium optimieren, dabei ist im Zweifel zugunsten des Anspruchs der Allgemeinheit auf umfassenden Schutz zu entscheiden. Die Interessen der Täter sind nachrangig.“

Dieses Fazit zogen die innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen auf ihrer Konferenz in Stuttgart, die unter dem Thema „Sexualstraftaten – wie kann man unsere Gesellschaft schützen?“ stand.

Der Vorsitzende der Konferenz, der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen Heinz Paus MdL, und der innenpolitische Sprecher der gastgebenden baden-württembergischen Fraktion, Manfred List MdL, berichteten vor der Presse über das Ergebnis der Konferenz.

Zunächst beschäftigten sich die Sprecher mit der bayerischen Gesetzesinitiative, die der Staatssekretär Hermann Regensburger von der bayerischen Staatsregierung erläuterte.

Die innenpolitischen Sprecher der Union machen sich die wesentlichen Punkte des Bundesratsentwurfes der bayerischen Staatsregierung zueigen:

- Wiederholungstaten müssen soweit wie möglich ausgeschlossen werden, z.B. durch die erleichterte Möglichkeit, Sicherungsverwahrung für rückfällige Straftäter verhängen zu können (schon bei der ersten Wiederholungstat).
- Zwingende Verpflichtung zur Einholung eines Gutachtens vor einer Entschei-

dung über eine Strafaussetzung zur Bewährung bei rückfallgefährdeten Tätern.

- Verpflichtung zur Therapie bei der Strafaussetzung zur Bewährung (zum Beispiel auch Suchttherapie).
- Therapie auch ohne Einwilligung des Täters.
- Höhere Hürden für Erleichterungen im Strafvollzug.

Gäste der Konferenz waren Fachleute aus der baden-württembergischen Polizei (Leiter von Jugendschutzkommissariaten und Kommissariaten für Sexualstraftaten), die Leiterin des kriminologischen Dien-

Schutz vor Sexualstraftätern weiter verbessern

stes des baden-württembergischen Strafvollzuges sowie ein Wissenschaftler aus dem Bereich psychiatrische Forensik (Universität Tübingen).

Im Gespräch wurde deutlich, daß die Erkenntnisse über Ursachen von Sexualstraftaten noch sehr rudimentär sind. Deshalb sind auch die Therapieansätze in vielen Bereichen noch nicht sehr gesichert.

Fest steht, daß es eine Tätergruppe gibt, die für die heutigen Therapieansätze unzugänglich ist. Für sie kann es zum Schutz der Allgemeinheit nur die dauerhafte sichere Verwahrung geben.

Breiten Raum in der Erörterung nahm auch der Einsatz chemischer Mittel (zum Beispiel Androcur) in der Therapie ein. Die innenpolitischen Sprecher halten den Einsatz solcher Mittel in geeigneten Fällen für vertretbar und angezeigt.

Die innenpolitischen Sprecher erwarten, daß sich Bundestag und Bundesrat rasch auf ein Gesetzespaket verständigen, das auf der Basis der bayerischen Vorschläge Verbesserungen des gesetzgeberischen Instrumentariums, vor allem in Bereich der Strafprozeßordnung wie auch des Strafgesetzbuches umsetzt.

Darüber hinaus halten die innenpolitischen Sprecher weitere Maßnahmen für geboten:

- Die Möglichkeiten der Videografie bei der Vernehmung von Opfern kann dazu beitragen, den Opfern die wiederholte Schilderung ihrer Torturen zu ersparen.
- Der Opferanwalt ist gerade für die Geschädigten von Sexualdelikten unverzichtbar.
- In Gesprächen mit Vertretern des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg wurde deutlich, daß wir alles daran setzen müssen, eine bundesweite DNA-Datenbank aufzubauen und die gesetzgeberischen Voraussetzungen für eine effiziente Nutzung des „genetischen Fingerabdrucks“ zu schaffen.
- Dabei und vor allem auch für eine Ausweitung der begleitenden Täterforschung

müssen die Belange des Datenschutzes zurücktreten.

● Im Bereich sexueller Belästigungen gibt es nicht akzeptable Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Fangschaltung.

● Auch wenn die Erfahrung zeigt, daß die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls in den ersten drei Jahren besonders groß ist, sollte grundsätzlich nach dem Vorbild Bayerns verfügt werden, daß Kriminalakten von Sexualtätern zwanzig Jahre verwahrt werden.

● Nach dem Beispiel von Bayern und Baden-Württemberg sollte bundesweit auch gezielt im Internet vor allem nach Angeboten mit kinderpornografischem Inhalt gefahndet werden. Dazu sind die erforderlichen gesetzlichen, aber auch tatsächlichen Grundlagen zu schaffen. Wir dürfen uns hier nicht auf Zufallsfunde verlassen.

Die Kriminalstatistik zeigt, daß wir im Bereich der Sexualdelikte keinen extremen Anstieg der Fallzahlen vermerken müssen. Dennoch ist die Politik gerade in diesem Feld gefordert. Die sexuelle Selbstbestimmung, der Schutz der körperlichen Unversehrtheit sind hohe Rechtsgüter. ■

Arbeitslosigkeit im April auf 4,35 Millionen gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im April auf rund 4,347 Millionen gesunken. Gegenüber dem Vormonat ging die Zahl um rund 130.000 zurück und erreichte damit eine bundesweite Quote von 11,3 Prozent gegenüber 11,7 Prozent im März.

Im westlichen Teil Deutschlands sank die Zahl der Erwerbslosen nach Angaben der Bundesanstalt um gut 96.000 auf knapp über drei Millionen, die Quote betrug 9,8 Prozent gegenüber 10,2 Prozent im Vormonat. In den neu-

en Ländern zählten die Arbeitsämter 1,3 Millionen Arbeitslose, 34.000 weniger als im März. Hier sank die Quote von 18,1 Prozent auf 17,5 Prozent.

Generalsekretär Peter Hintze sieht in den neuen Arbeitslosenzahlen einen Beleg dafür, daß das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung Wirkung zeige: „Die Wende am Arbeitsmarkt ist zu schaffen.“ Ein „weiterer Schub“ für den Arbeitsmarkt sei von der großen Steuerreform zu erwarten, die die SPD nicht weiter blockieren dürfe.

Erziehung als Mittel der Gewaltprävention neu entdecken

Im Anschluß an eine gemeinsame Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Rechtsexperten aus dem Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zur Kinder- und Jugendkriminalität erklärte der Vorsitzende des BACDJ, Herbert Helmrich:

Die ständig wachsende Kriminalität von Kindern und Jugendlichen zählt zu einer der größten Herausforderungen an die Rechtspolitik. Wenn wir heute nicht wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Orientierungslosigkeit, Konfliktunfähigkeit und Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen ergreifen, werden wir morgen schwer an den Folgen einer destabilisierten und konsensunfähigen Gesellschaft tragen. Der beste Weg, um Jugendgewalt und Jugendkriminalität zu verhindern, ist dabei die lenkende Erziehung in einer liebevollen und verlässlichen Beziehung.

Die Bedeutung der Erziehung als Mittel der Gewalt- und Kriminalitätsprävention ist zentral. Der BACDJ stellt deshalb – gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft und Praxis, die an der Tagung teilgenommen haben – folgende 8 Thesen für eine gewalt- und kriminalitätsverhütende Erziehung auf:

1. Erziehen ist das Einüben erwünschter Verhaltensweisen im Gegensatz zur Sozialisation, die das Erlernen auch unerwünschter Verhaltensweisen umfaßt. Erziehung scheidet heute häufig daran, daß das Erziehungsfeld inkonsistent ist, d. h. daß zum Beispiel die Erziehungsträger Eltern und Schule unterschiedliche Anforderungen an die Kinder stellen.

2. Wichtigster Mangel elterlicher Erziehung heute ist die fehlende Kontrolle der

Kinder und die mangelhafte Einhaltung der elterlichen Erziehungsvorgaben. Erziehung, die nur milde straft, zugleich aber unnachgiebig in der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben ist, führt erwiesenermaßen am besten zur Regeleinhaltung und zugleich zur Gewalt- bzw. Aggressionslosigkeit der Kinder.

3. Elterliche Erziehung wird heute durch kompliziertere äußere Rahmenbedingungen – Auflösung der traditionellen Familie, Fehlen der männlichen Bezugsperson im Erziehungsprozeß, aber auch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot – sowie durch zunehmende existentielle Probleme der Erziehenden selbst – Alkoholismus, Strafbarkeit, Orientierungslosigkeit etc. – erschwert.

4. Diese Probleme und die dadurch ausgelösten Aggressionen werden in die Schule „hineingetragen“. Schulische Erziehung kann der mitgebrachten Gewalt nur dann entgegenwirken, wenn sie in ihrem Bereich nicht die Fehler der Familie wiederholt, sondern eine Atmosphäre der Einigkeit und des Konsenses schafft (Konsensschule). Dazu zählt vor allem, daß sich die Lehrer und Lehrerinnen über den Erziehungsauftrag der Schule einigen und eine Schulkultur entwickeln, die in einem Schulprogramm dokumentiert werden sollte.

5. Wichtigster Bestandteil schulischer Erziehung ist das Angebot der Lehrer zu Beziehung, Begegnung, Nähe und Empathie. Nur im Rahmen einer Lehrer-Schüler-Beziehung können Regelbefolgung eingefordert, Freiräume begrenzt, Leistung herausgefordert und Mißerfolg durch Ermutigung überwunden werden.

6. Schließlich dient auch das Jugendstrafrecht der Erziehung: Strafen haben abschreckende Wirkung für den einzelnen Straftäter und die Allgemeinheit. Die Haftstrafe ist zwar ultima ratio im strafrechtlichen Sanktionensystem; jedoch setzt der Erfolg der anderen nach dem Jugendgerichtsgesetz vorgesehenen Maßnahmen – Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel – die Möglichkeit der Verhängung einer Jugendstrafe voraus. Die Notwendigkeit ihres Bestehens steht deshalb außer Zweifel.

7. Kinder und Jugendliche müssen bei regelwidrigem Verhalten möglichst frühzeitig eine Reaktion der Strafverfolgungsbehörden erfahren. Sanktionen müssen zeitnah und mit Bezug zur Straftat verhängt werden, damit ihr erzieherisches Ziel dem jugendlichen Täter noch erkennbar ist. Strafen geben zugleich ein Signal

gegenüber Freunden und Bekannten – der sog. peer-group – des straffällig gewordenen Jugendlichen.

8. Die Durchführung des Strafvollzugs für Jugendliche bedarf einer besseren und genaueren Rechtsgrundlage als bisher. Deshalb muß das bereits seit langem geplante Jugendstrafvollzugsgesetz endlich verabschiedet werden.

Neben den Rechtsexperten aus dem BACDJ haben – parteiübergreifend – an der Tagung teilgenommen: die Kriminologen Prof. Dr. Alexander Böhm, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind und Prof. Dr. Michael Walter, der Psychologe Prof. Dr. Friedrich Lösel, der Bochumer Jugendamtsleiter Dr. Fred Krause, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus, der Leitende Regierungsdirektor Ralf Schmidt und der Leiter der Jugendanstalt Hameln, Hansjürgen Eger.

Kinder- und Jugendkriminalität – Prävention statt Strafe

Zu diesem Thema hatte auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen eingeladen. Rund 300 Teilnehmer aus dem Bereich von Jugendverbänden, Schulen und Sozialeinrichtungen waren gekommen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elisabeth Motschmann äußerte die Hoffnung, daß die Fachtagung für die zukünftige Jugendarbeit in den Schulen und in den anderen angesprochenen Bereichen Lösungen aufgezeigt und Anlaß dazu gegeben werde, sich nicht nur mit Schlagworten zu befassen.

Innensenator Ralf H. Borttscheller erläuterte in seinem Eingangsreferat die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1996. Demnach sei im Land Bremen die

Zahl der tatverdächtigen Kinder 1996 um 3,5 Prozent zurückgegangen.

Weiter sagte er: „Wenn wir auf die vergangenen 15 Jahre zurückschauen, so müssen wir zunächst feststellen, daß Organisationseinheiten der Bremer Polizei, die sich spezieller mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität befaßt haben, Anfang der 80er Jahre aus tatsächlichen oder vermeintlichen Sparzwängen aufgelöst worden sind. Seit dieser Zeit sind keine speziellen Jugendsachbearbeiter mehr ausgebildet worden. In Zukunft wird es vor Ort wieder gut ausgebildete Jugendsachbearbeiter geben. Damit ist ein wichtiges Signal zur besseren Bekämpfung der Jugendkriminalität gesetzt worden.“

Die Europäische Volkspartei, in der seit zwei Jahrzehnten die Christdemokraten zusammenwirken, bildet mit ihrer Fraktion im Europäischen Parlament eine Kraft, die den Kurs der Europäischen Union nachhaltig mitbestimmt:

Europas Kraft der Mitte

Ihr Präsident, der Belgier Wilfried Martens, hat die EVP, zusammen mit Freunden aus mehr als zwanzig Parteien Europas, zu einem politischen Faktor werden lassen, den Europas Regierungen und die Organe der Europäischen Union ernst nehmen. Dies wurde auch durch Straffung der EVP-Arbeit erreicht. Das neue Statut der EVP schuf zum Beispiel die Einrichtung eines eigenen europäischen „Gipfels“ der Partei, auf dem die der EVP angehörenden Regierungschefs ihre Politik in der EU koordinieren.

Die Robert-Schuman-Stiftung, hervorgegangen aus einer Initiative von EVP-Parlamentariern, legt ein Buch über die EVP vor, das sich nicht zuletzt an befreundete Parteien und Gruppen in den Reformländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas wendet. Die EVP will die Osterweiterung der Europäischen Union, die Robert-Schuman-Stiftung hilft durch Zusammenarbeit mit Bürgern der beitragsbereiten Staaten. Der Präsident der Stiftung, Staatssekretär a. D. Konsul Horst Langes, ist Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments, dem er viele Jahre angehörte. Er unterstützt persönlich die Aktivität der Stiftung in Ostmitteleuropa auch persönlich „vor Ort“.

In den Reformstaaten sind weder die Geschichte der Integration Europa noch die historische Rolle der westeuropäischen Christdemokraten ausreichend bekannt. Die kommunistische Propaganda hatte isolierend gewirkt, aber auch die Sprache von „Eurokraten“ war seit der Wende nicht immer hilfreich. Das Buch der Robert-Schuman-Stiftung, das noch in Polnisch, Ungarisch und Tschechisch erscheint, will daher Schlüssel zum besseren Verstehen nicht nur der EVP, sondern der Ziele sein, die mit dem Vertrag von Maastricht insgesamt verbunden sind.



Das Buch ist als Taschenbuch oder mit festem Einband erhältlich. Es hat 188 Seiten und 40 größtenteils farbige Abbildungen. Bestellungen bitte an die Robert-Schuman-Stiftung, Generalsekretär Karl Colling, BAK 1173, L-2929 Luxemburg-Stadt unter ISBN 2-959915-0-8. Preise: Taschenbuch 14,80 DM, mit festem Einband 19,80 DM, jeweils einschließlich Versandkosten.

Der Verfasser, Dipl.-Ing. Jürgen Wahl, 1929 in Krefeld geboren, ist seit 1951 in der Europäischen Bewegung und seit 1953 in der CDU aktiv. Von 1968 bis 1994 war er für Zeitungen und Agenturen tätig, zuletzt als Chefkorrespondent der deutschen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“. Er begleitete den Aufbau der EVP publizistisch von der Phase der Gründung der transnationalen Partei an. Wahl berät die Robert-Schuman-Stiftung seit der Wende von 1989, besonders bei der Auswahl polnischer Stipendiaten.

800.000 Mitglieder und Anhänger sog. Sekten und Psychogruppen

Die Vorsitzende der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, Ortrun Schätzle MdB, stellt die Ergebnisse einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Umfrage zu „Formen und Verbreitung der Beteiligung oder Mitgliedschaft in sogenannten Sekten und Psychogruppen“ vor:

800.000 der in Deutschland lebenden Personen bezeichnen sich selbst als Mitglied oder Anhänger einer neuen religiösen/weltanschaulichen Bewegung oder Psychogruppe bzw. einer solchen Gruppe nahestehend. Dies ergab eine im Auftrag der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ von Infratest Burke Berlin durchgeführte repräsentative Umfrage „Formen und Verbreitung der Beteiligung oder Mitgliedschaft in sog. Sekten und Psychogruppen“. In dieser Untersuchung wurden Personen in der Bundesrepublik Deutschland ab 14 Jahre in den letzten drei Monaten befragt.

Trotz des sensiblen Themas war die Untersuchung durch eine hohe Antwortbereitschaft der Befragten gekennzeichnet. Nur zu der Frage nach dem Namen der Gruppierung verweigerten 73 Prozent die Antwort. Dies würde umgerechnet auf 600.000 Personen in der Bundesrepublik zutreffen.

Von den Mitgliedern bzw. Anhängern, die ihre Mitgliedsorganisation namentlich benennen, werden am häufigsten genannt:

- die Zeugen Jehovas
- Christengemeinschaft
- Osho/ehemals Bhagwan-Bewegung
- Pfingstkirchen
- Scientology.

Von denjenigen, die Angaben zu ihrer Gruppierung gemacht haben (rund 200.000

Personen) bekennen sich – hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre – z. B. 100.000 Personen zu den Zeugen Jehovas, 16.000 Personen zur Christengemeinschaft und 9.000 Personen zu Scientology. Bei der Frage der Mitgliedschaft oder der Anhängerschaft einer Gruppierung gibt es keinen bedeutenden Unterschied zwischen Männern und Frauen.

200.000 der in der Bundesrepublik lebenden Personen ab 14 Jahre bekennen sich zu einer früheren Anhänger- bzw. Mitgliedschaft. 1,2 Mio. Menschen in der Bundesrepublik haben schon einmal Veranstaltungen neuer religiöser bzw. weltanschaulicher Bewegungen oder Psychogruppen besucht, bzw. ihre Angebote, z. B. Meditationen, spirituelle Trainings, Energiearbeit, Lebensberatungskurse, Bibelkurse usw. in Anspruch genommen.

Bevölkerungsstatistisch gesehen sind Personen mit höherem Bildungsniveau und gehobenem Einkommen (ab 6.000 DM brutto) die häufigsten Nutzer von Angeboten in diesem Bereich. Gleiches gilt für die Altersgruppe der 30 – 45-jährigen sowie der Singles. Zudem nehmen Großstadtbewohner häufiger an entsprechenden Angeboten teil.

Die Hälfte der Befragten bezeichnete sich als Einmal-Nutzer solcher Angebote; 40 Prozent als Mehrfach-Nutzer und drei Prozent nehmen regelmäßig an Veranstaltungen und Kursen teil.

Als Veranstalter dieser Kurse werden am häufigsten z. B. die Zeugen Jehovas, Scientology, Gesellschaft für Transzendente Meditation, die Mun-Bewegung, die Neue Kirche Swedenborg, das Universelle Leben sowie das Forum/Landmark Education genannt. ■

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Lehrstellenaktion der Deutschen Bank-Stiftung vorbildlich

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers erklärte auf der Pressekonferenz der Deutschen Bank-Stiftung „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum Thema „Mehr Ausbildungsplätze – Jetzt!“ am 28. April:

Wir brauchen dieses Jahr 13.000 zusätzliche Lehrstellen. 500 davon sind jetzt da! Die Deutsche Bank-Stiftung startet heute ihre Initiative „Mehr Ausbildungsplätze – Jetzt!“. Sie fördert damit mindestens 500 zusätzliche Ausbildungsplätze. Ich finde: Das ist eine großartige Sache. Und ich bin überzeugt: Die Zahl 1.000 wird bei dieser Aktion erreicht werden.

Ich freue mich auch, daß namhafte Medien wie der MDR und der Stern und andere Tageszeitungen die Aktion unterstützen. Das hilft, die Initiative bekanntzumachen. Und immer mehr Menschen begreifen: Berufsausbildung ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Sie ist vor allem Zukunftssicherung für die junge Generation.

Ausbildung und Renten sind zwei gleichwertige Seiten der Medaille „Zukunftssicherung“: Ohne Berufsperspektive der Jungen keine Versorgungssicherheit der Älteren.

Ziel der Initiative sind mehr neue Lehrstellen. Die brauchen wir dringend, wenn alle Jugendlichen, die 1997 eine Berufsausbildung beginnen wollen, eine Lehrstelle finden sollen. Die Halbzeitbilanz für die laufende Lehrstellenvermittlung war ein Alarmsignal. Wir müssen kräftig zulegen. Sonst droht eine Lehrstellenlücke. Um so wichtiger sind freiwillige Initiativen der Wirtschaft, wie die Initiative „Mehr Ausbildungsplätze – Jetzt!“

Die Aktion zeigt beispielhaft: In der Wirtschaft gibt es viel freiwilliges Engagement, unternehmerische Initiative und soziale Verantwortung. Das sind im Kern die Eigenschaften, die die soziale Marktwirtschaft ausmachen und prägen. Ich halte überhaupt nichts von einer Ausbildungsplatzabgabe wie sie die SPD fordert. Das ist ein Irrweg! Die Bundesregierung setzt auf Eigeninitiative statt auf Zwang. Wir setzen auf unternehmerische Freiheit statt auf staatliche Bevormundung. Auf den Punkt gebracht: Wir setzen auf die soziale Marktwirtschaft, die SPD setzt auf sozialistische Rezepte.

In erster Linie kommt es auf Unternehmer, Kammern und Gewerkschaften an. Die Politik kann günstige Rahmenbedingungen schaffen. Vor kurzem habe ich mit dem „Reformprojekt Berufliche Bildung“ aufgezeigt, wie wir das duale System fit machen für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Es steht unter drei Leitlinien:

- mehr Freiheiten für die ausbildenden Betriebe,
- mehr Modularität und Flexibilität in den Ausbildungsgängen und
- mehr qualifizierende Abschlüsse.

Hieraus ergibt sich konkreter Handlungsbedarf. Die Länder müssen die Berufsschulzeiten endlich flexibler und betriebsfreundlicher organisieren. Die Ausbildungsordnungen müssen flexibler werden und mehr auf die betrieblichen Bedürfnisse eingehen. Schließlich brauchen wir neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischen Qualifikationen. Denn es ist

In einem Jahr 55.000 Anträge auf Meister-BAföG

Das vor fast genau einem Jahr in Kraft getretene „Meister-BAföG“ hat einen Motivationsschub zum Aufstieg auf der beruflichen Karriereleiter ausgelöst.

Wie Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers am 2. Mai in Bonn berichtete, haben seither bereits 55.000 Gesellen, Facharbeiter und andere Aufstiegswillige einen Antrag auf finanzielle Förderung ihrer Weiterbildung zum Meister, Techniker oder für vergleichbare Qualifikationen gestellt.

Rüttgers verwies auf Angaben der Handelskammer Düsseldorf, nach denen diese Aufstiegsfortbildung aufgrund des Meister-BAföGs um zehn Prozent zugenommen hat. 85 Prozent der Antragsteller haben bereits einen Bescheid erhalten, in 90 Prozent der Fälle wurden Leistungen bewilligt. Nach Angaben des Ministers haben Bund, Länder und die Deutsche Ausgleichsbank bisher rund 280 Millionen Mark Fördermittel ausgezahlt.

Wie Rüttgers weiter berichtete, sind 60 Prozent der bisher Geförderten Handwerksgelesen. Deren Ziel sei häufig die Gründung einer selbstständigen

beruflichen Existenz, was sich positiv auf das Angebot an Arbeitsplätzen und Lehrstellen auswirken werde.

Das „Gesetz zur Förderung der Aufstiegsfortbildung“ soll der finanziellen Absicherung der Vorbereitung auf Meisterprüfungen im Handwerk und auf vergleichbare Abschlüsse in Industrie und Handel, freien Berufen und im Gesundheitswesen dienen.

Zwei Drittel der Antragsteller absolvieren dies laut Rüttgers in Vollzeitfortbildungen und erhalten dafür einen nach Familienstand und -größe gestaffelten Unterhaltsbeitrag. Dessen Höhe und die Frage, inwieweit er Zuschuß, zinsfreies oder zinsgünstiges Darlehen ist, wird mitbestimmt von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Betroffenen.

Unabhängig von Einkommensverhältnissen können die Antragsteller darüber hinaus günstige Darlehen zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren erhalten. Anträge müssen in der Regel bei den Ämtern für Ausbildungsförderung der kreisfreien Städte und Kreise gestellt werden. In einigen Ländern sind dafür aber auch andere Stellen zuständig.

absurd, junge Menschen mit handwerklichem Geschick ins berufliche Abseits zu stellen, nur weil sie mit Formelwissen schlecht zurechtkommen.

Die Bundesregierung will das Lehrstellenproblem mit der Wirtschaft gemeinsam lösen. Tarifpartner und Politik müssen Hand in Hand arbeiten. Von Streitereien haben die jungen Leute, die Lehrstellen suchen, am allerwenigsten.

Wenn jeder sich seiner Verantwortung für unsere Jugend bewußt ist, schaffen wir auch 1997, was wir in den vergangenen Jahren immer geschafft haben: daß alle ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle finden.

„Mehr Ausbildungsplätze – Jetzt!“: Das ist ein gutes Motto. Es trifft den Kern der Sache. Ich wünsche der Initiative einen erfolgreichen Verlauf! ■

Junge Union Euskirchen hilft bei Lehrstellensuche

Ein Beispiel, das Schule machen sollte

Bereits zum zweiten Mal hat jetzt der Arbeitskreis Ausbildung der Jungen Union im Kreisverband Euskirchen eine Broschüre mit den handwerklichen Ausbildungsbetrieben im Kreis Euskirchen herausgegeben.

Theoretische Diskussionen über die Ausbildung gibt es zur Genüge. Leider haben die auf allen möglichen Ebenen beschlossenen Papiere selten die praktischen Auswirkungen, die man sich erhofft. Daher war es das Ziel der JU Euskirchen, jenseits der Diskussionen konkreten Nutzen für junge Menschen zu stiften.

Im kaufmännischen Bereich gibt es den IHK-Lehrstellen-Atlas, aber im Handwerksbereich existiert nichts Vergleichbares. Deshalb der Versuch, diese Lücke im Kammerbereich Aachen zu schließen. Da es speziell im Handwerk schwierig ist, die vorhandenen Ausbildungsplätze und die potentiellen Auszubildenden zusammenzubringen, stellte sich die Frage, was aktiv getan werden könne, um diesen Zustand zu ändern.

Die Antwort: Erstellung der Broschüre „Ausbildungsbetriebe, Ausbildungsplätze und Praktikumsstellen für den Fachbereich Handwerk – Stand I. Quartal 1997“ in Abstimmung mit der Kreishandwerkerschaft.

Das Feedback von Schülern 1996 wurde umgesetzt, und daher sind dieses Jahr auch Praktikumsstellen mit aufgelistet.

Für die verschiedensten Berufe sind die Unternehmen mit Adresse aufgeführt, die

im jeweiligen Bereich ausgebildet haben oder zur Zeit ausbilden.

Fast 700 Unternehmen wurden mit der Bitte um ergänzende Angaben angeschrieben. Wo Informationen über Ansprechpartner, Ausbildungsbereitschaft und Prak-



tikumsstellen zu erhalten waren, sind sie bei der Adresse zu finden.

Zum Schluß wurden die Computer ordentlich gequält: Das Ergebnis der Layoutarbeiten liegt in Form einer 24-seitigen DIN-A-4 Broschüre vor.

Um Mißverständnisse vorzubeugen: Die Broschüre ist kein Verzeichnis offener Ausbildungsplätze, sondern von Ausbildungsbetrieben. Wenn bereits ausgebildet

wurde, lohnt es sich, beim Betrieb nachzufragen, ob im Moment ein Auszubildender gesucht wird. Die Übersicht soll den Ausbildungsplatzsuchenden helfen, auch außerhalb ihres Heimatortes eine Lehrstelle im gewünschten Handwerksberuf zu finden, falls am Ort keine entsprechende Möglichkeit angeboten wird.

Die Broschüre hat eine Auflage von 1.700 Exemplaren. Die meisten Hefte wurden den Gymnasien, den Realschulen, vor allem aber den Hauptschulen und der Ge-

Partei aktiv

samtschule im ganzen Kreis Euskirchen kostenlos zur Verfügung gestellt und sollen dort den interessierten Schülern vor allem der Klassen 9 und 10 zugänglich gemacht werden.

Die öffentliche Präsentation fand im Arbeitsamt Euskirchen statt, wo **Amtsleiter Sawatzki** das Projekt ausdrücklich begrüßte und für die Zukunft seine Unter-

stützung zusagte. Die Handwerkskammer sollte das Konzept übernehmen und eine gleichartige Aktion im nächsten Jahr kammerweit durchführen. Das gute Beispiel sollte Schule machen.

Die Aktion war nur möglich, weil der CDU-Kreisvorstand unter seinem Vorsitzenden **Dr. Wolf Bauer** MdB einen finanziellen Rahmen zur Verfügung stellte. Unterstützung bei der Vorbereitung und beim Druck kam sowohl von **Clemens Pick** MdL als auch vom CDU-Kreisgeschäftsführer **Walter Lanzerath**.

- Gegen Zusendung eines mit Briefmarken im Wert von drei DM frankierten DIN-C-4-Rückumschlags an den „Arbeitskreis Ausbildung, **Torsten Fues**, Lilienstraße 5, 53925 Kall“ können weitere Interessenten ein Exemplar der Broschüre erhalten.

- Für weitere Fragen steht neben Torsten Fues auch **Johannes Wennrich jr.** (02484-2388, e-Mail: Wennrich@eifel-online.de oder Wennrich@athene.informatik.uni-bonn.de) zur Verfügung.



Stolz auf das Ergebnis ihrer Arbeit: die Mitglieder des Arbeitskreises Ausbildung der Jungen Union im Kreisverband Euskirchen (v. l.) Sebastian Pönsen, Johannes Pick, Torsten Fues, Claudia Stahl, Eric Meier und Matthias Baldus.

Große Chancen für Wachstum und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze

Zur Gemeinsamen Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu „Chancen und Risiken der Mediengesellschaft“ erklärte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Medienpolitik, Staatsminister Anton Pfeifer:

Die Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland enthält eine abgewogene Einschätzung der Chancen und Risiken, die sich aus dem technologischen Wandel für unsere von den Medien mitgeprägte Gesellschaft ergeben. Sie ist eine wertvolle Grundsatzklärung, die es verdient, daß ihre Empfehlungen sorgfältig überlegt und in der weiteren medienpolitischen Diskussion beachtet werden.

Die CDU stimmt der in der Gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck kommenden Position der Kirchen zu, daß in der künftigen Entwicklung der modernen Medien- und Kommunikationstechnologien große Chancen für Wachstum und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze in großer Zahl liegen, die genutzt werden müssen, daß es aber genauso wichtig ist, dabei die kulturellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Medien- und Kommunikationstechnologien sorgfältig zu bedenken. Aus diesem Grund sind die ethischen Orientierungspunkte von großer Bedeutung, die in der Erklärung formuliert sind und die die Bewahrung der Würde des Menschen bei der künftigen Medien- und Kommunikationsentwicklung zum Ziel haben.

Die Kirchen haben Recht, wenn sie feststellen, daß die künftigen Herausforderungen der Mediengesellschaft nur bestanden

werden können, wenn ein breiter gesellschaftlicher Dialog über eine Kommunikations- und Medienethik in Gang kommt. Die CDU wird ihren Beitrag zu diesem Dialog leisten mit dem Ziel, daß das ethische Verantwortungsbewußtsein aller in den Medien, aber auch das Verantwortungsbewußtsein der Zuschauer und Mediennutzer geweckt und gestärkt wird. Diese Diskussion muß auch die im Presserates und in den Richtlinien der Freiwilligen Selbstkontrolle enthaltenen ethischen Normen und Verhaltensregeln mit einbeziehen. Die Veränderungen in den Medien werfen, wie die Kirchen zu Recht feststellen, stets neue Fragen auf, welche den fortgesetzten medienethischen Dialog mit einer möglichst breiten Öffentlichkeit unerlässlich machen.

Der Fachausschuß Medienpolitik sieht sich in seiner Auffassung bestärkt, daß die Medienerziehung und die Vermittlung von Medienkompetenz ein zentrales Grundanliegen der Medienpolitik sein muß, und daß der Umgang mit der komplexer werdenden Medienwelt zu den elementaren Kulturtechniken der Zukunft gehört. Neben den Einrichtungen des Bildungswesens und den Medien selbst kommt dabei in ganz besonderer Weise den Eltern und Familien entscheidende Bedeutung und Verantwortung zu. Deshalb ist die Stärkung der Erziehungskraft der Familien auch in diesem Bereich ein vorrangiges politisches Ziel der CDU.

Die CDU begrüßt das klare Bekenntnis der Kirchen zum dualen System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sowie zur Sicherung der Meinungs- und Medienvielfalt, das in der Erklärung zum Ausdruck kommt.

„Den Worten Taten folgen lassen“ – SPD zum Handeln aufgefordert

Mit fast deckungsgleichen Formulierungen wie Bundespräsident Herzog am gleichen Abend hat Eberhard Diepgen auf dem Parteitag der Berliner CDU dazu aufgerufen, Reformen und Modernisierung unserer Gesellschaft gegen Verneinung, Verkrustung und pure Besitzstandswahrung durchzusetzen. „Wir brauchen eine Durchlüftung.“ Es müsse weniger verhandelt als gehandelt werden.

Zugleich wandte sich der Landesvorsitzende gegen ein Kaputtsparen der Stadt. Auch im Interesse künftiger Generationen müsse die Lebensfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Stadt Vorrang haben vor der Haushaltskonsolidierung. „Wer bis zum Muskelschwund hungert, wird sich nie wieder aus eigener Kraft emporarbeiten können.“

Diepgens mit viel Beifall bedachte Rede konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Parteitag auch geprägt war von einer Menge Frust. Frust vor allem darüber, daß die derzeitige politische Konstellation in Berlin mit ihrer CDU/SPD-Regierung in vielen Punkten nicht vorwärtsgekommen ist, weil die Koalitionspartner – noch erschwert durch die innerparteilichen Streitigkeiten der SPD – sich gegenseitig blockieren.

Das führte dann auch dazu, daß ein Wilmersdorfer Delegierter mit viel Pathos eine Umbildung des Senats forderte und die Junge Union mit einer Bananen- und Luftballon-Aktion dem Parteitag zeitweise den Eindruck einer grünen Protestaktion verlieh – einem Parteitag, der unter dem Mott „Umdenken in Deutschland – Ideen für Berlin“ eigentlich Anstoß geben sollte zur ersten selbstkritischen Selbsterforschung. Der beschlossene Leitantrag bot eine ge-

wissenhafte Zusammenstellung der Erkenntnisse und Forderungen, für die die CDU seit langem steht: Mehr Reformen und Flexibilisierung in der Arbeitswelt und mehr Innovationen mit schneller Umsetzung, um Chancen für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dafür weniger Gerede über Umverteilung. Mehr innere Zuwendung zum Bereich der Dienstleistungen, die vor allem im mittelständischen Bereich hoffen lassen.

Auch Eberhard Diepgen hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, daß andere, auch sozialdemokratisch geführte Länder Europas uns beim Zurückfahren von nicht mehr finanzierbaren Besitzstandsansprüchen weit voraus sind und damit gute Erfahrungen hinsichtlich neuer Arbeitsplätze gemacht haben.

Scharf und eindeutig reagierte Diepgen auf die Forderung nach einer Senatsumbildung: „Es wird keine Senatsumbildung geben! Bei mir herrscht Kontinuität!“

Diepgens besondere Anerkennung galt Innenminister Jörg Schönbohm, bei dem die Innere Sicherheit Berlins in guten Händen sei. Dabei eine scharfe Attacke Diepgens gegen die Sicherheitspolitik der Grünen: „Freies Sprengen, Fixen und Klauen bei gleichzeitigem Abbau der Polizei, das ist offenbar das Programm der grünlichen Alternativen Liste in Berlin. Aber jeder heute weiß, daß die Kleinkriminalität, die Verschmutzung und Verwahrlosung die Wiege sind für die große Kriminalität und das organisierte Verbrechen.“

Der Parteitag, ursprünglich ausgerichtet auf den Willen zur Reform, diente nicht zuletzt der innerparteilichen Streitkultur. Und auch das braucht die Union gelegentlich - Ausrutscher eingeschlossen. ■

Landesparteitag in Trier

Christoph Böhr neuer Landesvorsitzender

„Wir brauchen Veränderungen in Politik und Gesellschaft, wir brauchen aber auch Veränderungen in unseren Köpfen. Nicht der Stillstand und nicht die Bequemlichkeit helfen uns bei der Lösung unserer Probleme. Nur die Innovation bringt eine neue Dynamik, eine Dynamik, die wir dringend brauchen in Wirtschaft und Gesellschaft.“

Mit dieser Kritik an der rheinland-pfälzischen Landesregierung begann Christoph Böhr seine Parteitagrede und wurde anschließend mit einem überwältigenden Votum von 98 Prozent der Delegierten stimmen beim 47. Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz am 26. April in seiner Heimatstadt Trier zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Der 43jährige Böhr, seit 1. Mai auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, folgt Johannes Gerster, der als Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Israel nach Jerusalem geht.

„Ich kenne kein wichtigeres Ziel, keine bedeutsamere Aufgabe als die: dafür zu sorgen, daß Menschen Arbeit finden“, beschrieb Böhr die zentrale Herausforderung seines künftigen Engagements.

Böhr, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Union und seit zehn Jahren im Mainzer Landtag, wo er sich u.a. als finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion profilierte, dankte seinem Vorgänger Johannes Gerster: „Er hat die Partei zu einem neuen Aufbruch geführt, Frauen und jungen Leuten den Weg gebahnt. Er hat das Fundament gelegt für unsere Erfolge in den kommenden Jahren.“

Zwei hochrangige Gäste machten den Landesparteitag zu einem kleinen europäischen Gipfeltreffen. Aus Luxemburg erschien Premierminister Jean-Claude Juncker, um Christoph Böhr zu seinem hervorragenden Wahlergebnis zu beglückwünschen.

In seiner pointierten, von den Delegierten mit viel Zustimmung aufgenommenen Rede warb Juncker eindringlich für die europäische Idee und mahnte gemeinsames Handeln der europäischen Partner in allen Politikbereichen an. Juncker, persönlicher Freund des Bundeskanzlers, begrüßte nachdrücklich die Absicht des „überzeugten Europäers“ Helmut Kohl zu einer erneuten Kanzlerkandidatur.

Die Sicherung der Zukunft nannte Bundeskanzler Helmut Kohl als wichtigste Aufgabe der CDU in Bund und Land. Dazu gehörten auch Reformen der von der CDU geschaffenen Systeme, um sie den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen: der Umbau des Sozialstaats sei der Weg zu seiner Erhaltung.

Die Steuerreform müsse sich als Motor für mehr Beschäftigung auswirken. Der Bundeskanzler kritisierte nachdrücklich den „politischen Crashkurs der SPD“, der sich aber nicht auszahlen werde. Helmut Kohl, dessen Rede langanhaltenden Beifall erhielt, würdigte die Leistungen Johannes Gersters für die CDU Rheinland-Pfalz.



Dem neuen Landesvorsitzenden Christoph Böhr sagte der Bundeskanzler seine volle Unterstützung zu.

Christoph Böhr rief die Partei zur tatkräftigen Mitarbeit auf, um im Jahr 2001 den Regierungswechsel in Mainz zu schaffen: „Wer zum Gipfel will, muß entschlossen sein. Die CDU in Rheinland-Pfalz ist entschlossen, und weil wir entschlossen sind, werden wir den Aufstieg schaffen, Hand in Hand mit Ihrer aller Hilfe, um die ich Sie bitte.“

Ergebnisse der Wahlen

zum Landesvorstand:

Vorsitzender: Christoph Böhr MdL (415 Ja-, 5 Neinstimmen, 2 Enthaltungen)

Stellvertreter: Dr. Maria Böhmer MdB (332 Ja-, 62 Neinstimmen, 25 Enthaltungen) und Dr. Adolf Weiland MdL (366 Ja-, 25-Neinstimmen, 15 Enthaltungen)

Schatzmeister Dr. Stephan Kern wurde mit 369 Ja- 10 Neinstimmen bei 7 Enthaltungen in seinem Amt bestätigt.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Ikona König, Joachim Hörster MdB, Helga Hammer MdL, Dr. Eva Lohse, Peter Rauen MdB, Michael Billen MdL, Hans-Josef Bracht MdL, Rolf Staab, Kurt Lechner, Marianne Rabb-Ohlenforst, Erhard Lelle MdL, Erwin Rüdell, Ingrid Näkel-Surges, Dr. Christoph Wolff und Manuela Maas-Köppe.

Kraft Satzung gehört **Generalsekretär** Dr. Jürgen Hartmann ebenfalls dem Landesvorstand an.

Kleine und mittlere Unternehmen sind die wirtschaftliche Zukunft Europas

Anläßlich des Europatages am 5. Mai erklärten der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rauen, und der Vorsitzende der Deutschen Sektion der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in der EVP, Martin Egon Ecker:

Am heutigen Europatag gilt es nach vorn zu blicken. Die EU steht in diesem Jahr vor wichtigen Entscheidungen mit weitreichendem Einfluß für Wirtschaft und Bürger.

Zwei Dinge werden hierbei aus Sicht des Mittelstandes von besonderer Bedeutung sein: das Ergebnis der im Juni stattfindenden Regierungskonferenz und die weiteren Vorbereitungen auf die geplante Währungsunion.

Unter Beachtung der Konvergenzkriterien werden die Mittelstands- und Wirtschafts-

vereinigung der CDU/CSU und die Deutsche Sektion der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in der EVP alle Maßnahmen unterstützen, die zur Einführung des EURO notwendig und unverzichtbar sind. Dabei darf es aber zu keiner „Sonderbelastung“ der mittelständischen Wirtschaft kommen.

Klares Ja zum EURO

Die wettbewerbspolitischen Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Globalisierung der Märkte ergeben, bedingen zwangsläufig eine gemeinsame europäische Währung.

Die wirtschaftliche Zukunft Europas kann nur mit den kleinen und mittleren Unternehmen, das sind mehr als 98 Prozent aller Unternehmen in der EU, gewährleistet werden. Sie sind in erster Linie Garant für die Erhaltung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. ■

Auf einem guten Weg, stärkste Partei in Bremen zu werden

„Wir wollen bei der nächsten Bürger-schaftswahl stärkste Partei in Bremen werden“, mit diesen Worten gab der Bremer Landesvorsitzende Bernd Neumann die Richtung für die künftige Arbeit seiner Landespartei vor. Auf dem 89. Landesparteitag zogen die Christdemokraten des Zwei-Städte-Staates eine Bilanz nach zwei Jahren Großer Koalition mit der SPD.

Bernd Neumann machte in seiner kämpferischen Rede vor den Delegierten deutlich, daß das Klima in der Koalition zwar fair sei, jedoch zeige sich in der Regierungszusammenarbeit immer wieder die nur bedingte Bereitschaft der Sozialdemokraten zu grundlegenden Reformen. Die SPD sehe sich noch immer als linke Partei. Die Sehnsucht nach einem rot-grünen Bündnis sei in der Partei noch immer latent vorhanden. Nicht nur deshalb widerspreche er auch nicht dem Ex-Landesgeschäftsführer der SPD und heutigen Manager von Werder Bremen Willi Lemke, wenn dieser feststellt: „Die SPD ist zweitligareif.“

Die Politik der Koalition trage deutlich die Handschrift der CDU. Dies gelte besonders für die Bereiche Finanz-, Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Innen- und Bildungspolitik. So sei es 1996 gelungen, das Haushaltsvolumen bei einem Wachstum von 0,1 Prozent nahezu konstant zu halten. Die Politik der Inneren Sicherheit werde seit dem CDU-Eintritt in die Regierung wieder groß geschrieben. Durch die neue Wohnungsbaupolitik habe Bremen 1996 erstmals wieder ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Die Stärkung des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors

stehe im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Durch die CDU sei Bildungsvielfalt in Bremen eingekehrt. Auch die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer um zwei Stunden gehe auf Initiative der CDU zurück. Dadurch würde der Haushalt weiter entlastet.

Die SPD werde in der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen, stellte der CDU-Landeschef fest. Bürgermeister Henning Scherf setze zwar weiterhin auf seine öffentlichkeitswirksame Umarmungsstrategie, aber die Politik der einzelnen Ressorts interessiere ihn wenig. Auch die SPD-Senatoren tauchten in der Öffentlichkeit vollkommen ab.

Es ist die CDU, die die Probleme Bremens löst

„Wir befinden uns auf einem guten Wege, stärkste Partei in Bremen zu werden“, rief Bernd Neumann den Delegierten zu.

Auch der Vorsitzende der CDU-Bürger-schaftsfraktion Ronald-Mike Neumeyer unterstrich die dominierende Rolle der CDU in der Koalition. Die CDU sei es, die die Probleme des Landes löse. Die SPD habe wenig anzubieten. Sie sei keine ernsthafte Alternative zur CDU. Auch die Opposition finde in der Öffentlichkeit nicht statt. Ernsthafte Vorschläge kämen von ihr nicht. „Dieses Land braucht eine starke CDU. Wir machen die bessere Politik, wir sorgen dafür, daß dieses Land überlebensfähig wird, und deswegen lassen sie es uns gemeinsam anpacken“, appellierte der Fraktionsvorsitzende an seine Parteifreunde.

Broschüre „Wohngeld“ in 39. Auflage erschienen

Die Broschüre „Wohngeld“ liegt jetzt in der neununddreißigsten Auflage vor. Sie informiert darüber, ob und wie man Wohngeld erhalten kann.

Seit über 30 Jahren schon hilft das Wohngeld Mietern und Inhabern von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen, die Wohnkosten zu tragen. Das Wohngeld wird je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bezahlt. Im Durchschnitt senkt das Wohngeld die selbst zu tragende Miete um etwa 25 Prozent.

Das Wohngeld hilft vor allem den Haushalten, deren Einkommen nicht ausreicht, um sich selber eine angemessene Wohnung zu besorgen. Es wird in jedem Einzelfall auf die individuelle Situation der Haushalte zugeschnitten. So erhöht sich das Wohngeld, wenn z. B. die Kinderzahl steigt oder wenn das Einkommen wegen Arbeitslosigkeit sinkt. Auch Mietsteigerungen können durch das Wohngeld tragbarer werden.

Auf Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, sollte seinen Anspruch geltend machen. Die Höhe des Wohngeldes hängt ab vom Familieneinkommen, von der monatlichen

Miete bzw. Belastung und von der Zahl der Familienmitglieder.

Seit 1. Januar 1997 wird das Wohngeld in ganz Deutschland nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes berechnet, die in der Broschüre erläutert werden. Für die Wohngeldberechtigten in den neuen Ländern gelten jedoch einige Sonderregelungen (z. B. eigene Miethöchstbetragstabelle, Einkommensfreibetrag). Für Interessierte in den neuen Ländern ist deshalb eine Sonderausgabe erstellt worden.

Anforderung der Broschüren:

- Wohngeld - 39. Auflage 1997
- Wohngeld - Mit Ergänzung für die neuen Länder 39. Auflage 1997 über:
- Internet: <http://www.bundesregierung.de>
- T-online: Bundesregierung#
- Tel. (rund um die Uhr): 0 18 05/22-19 96
- Fax: 0 18 05/22-19 97

Postweg: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn

Im zweiten Teil des Parteitages beschäftigten sich die Delegierten mit der Einführung des EURO. Der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, und der Präsident des Niedersächsischen Sparkassen und Giroverbandes, Dr. Dieter Hoppenstedt, führten in die Thematik ein. In einem von Europastaatsrat Günter Niederbremer erläuterten Antrag

zum Thema europäische Integration nennt die CDU-Bremen die Straffung der europäischen Institutionen und Verfahren, die Fortentwicklung des Subsidiaritätsprinzips, die Stärkung der Inneren Sicherheit mit einer besseren Kriminalitätsbekämpfung und die außenpolitische Handlungsfähigkeit als Voraussetzungen für eine Erweiterung der Europäischen Union. ■

AKTIONSBESTELLSCHEIN

EURO Die Währung für eine sichere Zukunft

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold

Telefax (0 54 23) 4 15 21

Absender/Rechnungsanschrift

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Telefon



JA, ich bestelle

Bestell-Nr.:	Menge	Artikelbezeichnung	Bestell-einheit DM	Preis je Einheit DM	Gesamt
9224		<i>EURO-Kugelschreiber</i>	100	40,-	
9814		<i>EURO-Parkscheibe mit Benzinrechner</i>	100	56,-	
9243		<i>EURO-Geldbörse</i>	1	29,90	
9252		<i>EURO-Schlüsselanhänger</i>	50	49,50	
9506		<i>EURO-Feuerzeug</i>	25	23,75	
9228		<i>EURO-CD-ROM</i>	1	15,-	
5176		<i>EURO – Die Währung für eine sichere Zukunft, Broschüre</i>	25	15,25	
2172		<i>Zehn gute Gründe für den EURO</i>	100	20,-	

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versandkosten.

Datum

Unterschrift



NEU

◀ **EURO-Schlüsselanhänger**

Bestell-Nr.: 9252
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 49,50 DM

NEU



▲ **EURO-Geldbörse**

Bestell-Nr.: 9243
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je 1 Expl.: 29,90 DM



▲ **EURO-Kugelschreiber**

Bestell-Nr.: 9224
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 40,00 DM

▼ **EURO-Parkscheibe mit Benzinrechner**



Bestell-Nr.: 9814
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 56,00 DM



▲ **EURO-CD-ROM**

(zur Unterstützung eines multimedialen Vortrages zum Thema "EURO - Die Währung für eine sichere Zukunft")

Bestell-Nr.: 9228, Verpackungseinheit: 1 Expl., Preis je Expl.: 15,00 DM

EURO-Feuerzeug ▶

Bestell-Nr.: 9506
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 23,75 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



EURO
Die Währung
für eine sichere
Zukunft

Argumente für die politische
Diskussion rund um den **EURO**

**WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT** **CDU**

◀ **EURO – Die
Währung für eine
sichere Zukunft,
Broschüre**

Bestell-Nr.: 5176
Verpackungsein-
heit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.:
15,25 DM

**Zehn gute
Gründe für den
EURO** ▶

Bestell-Nr.:
2172
Verpackungs-
einheit:
100 Expl.
Preis je
100 Expl.:
20,00 DM



EURO

**Zehn gute Gründe
für den EURO**

**WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT** **CDU**

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • **Telefax (0 54 23) 4 15 21**
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UiD

15 / 1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon:
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,— DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.